

# Abschied von Hugo Wellems

"Jeder ist ersetzbar", pflegte Chefredakteur Hugo Wellems knapp zu kontern, wenn ihn jemand vorsichtig auf die Zeit "nach ihm" ansprach. Der Hauptbegründer, Vorsitzende und organisatorische wie ideelle Motor der Staats und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V. (SWG) war ein Macher ohne Illusionen, aber mit Prinzipien, an denen er konsequent festhielt.

Seine journalistische Arbeit wie seine Tätigkeit in der SWG, dem Tempelherrenorden und anderen Organisationen im vorparlamentarischen Raum sah Wellems (seinen Vornamen mochte er nicht, und wenn er von seinen Eltern auch sonst nur gut sprach, den "Hugo" kreidete er ihnen zeitlebens an) als Dienst an der Gesellschaft, an der Nation, an seinem Vaterland. Er bemühte sich um ein wert und nationalkonservatives Korrektiv gegen jene Entwicklungen zur Libertinage und Loslösung von Bindungen und Verpflichtungen, die innenpolitisch insbesondere mit dem Epochenjahr 1968 einsetzten und in den 70er Jahren mit der "Neuen Ostpolitik" ihre deutschland und außenpolitische Entsprechung fanden.

"Den Deutschen geht der Sinn für die Ausgewogenheit ab", sagte der einstige Mitarbeiter des Propagandaministeriums, der in der jungen Bundesrepublik den Nationalsozialismus als Irrweg erkannt hatte, ohne aber deswegen die Nation gleich mit auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen zu haben. Mit den Wölfen zu heulen war seine Sache nie. "Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit", diese Charakterisierung, der deutschen Seelenlage aus der Feder des Politologen HansPeter Schwarz teilte Wellems, und diesem Phänomen versuchte er entgegenzuwirken.

Männer wie "FJS", mit dem er zeitlebens freundschaftlich verbunden war und der ihm in der äußeren Gestalt und im Wesen ähnelte, gaben ihm Hoffnung. Auch kantigen Urgestein des anderen politischen Lagers, etwa Herbert Wehner, begegnete er mit Respekt. Daß aber in der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft sich mehr und mehr der stromlinienförmige Parteifunktionär durchsetzte, der die politische Polarisierung auf Symbole beschränkt und inhaltlich austauschbar ist, hat der homo politicus Wellems als Verarmung unserer abendländischen Demokratie und Kultur begriffen. Der Autor insbesondere zeitgeschichtlicher Bücher sein bekanntestes Werk ist "Von Versailles bis Potsdam", Neuauflagen unter dem Titel "Das Jahrhundert der Lüge" sah diese Verarmung als Ergebnis der nationalen Fremd und späteren Selbstentleerung eines geschlagenen und um seine Identität gebrachten Volkes.

Geboren am 4. August 1912 in Bonn und nach dem Krieg Chefredakteur des "Deutschen Wort", des "OstWestKurier", des "Deutschland Journal und von 1967 bis 1995 der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt", war Wellems eine Symbiose aus Rheinländer und Preuße. Von jenem nahm er den treffsicheren Humor (als zweites wichtiges Buch von Wellems ist die Geschichte des "Christoph Pankratius Mieserich unter den Seligen" zu nennen) und die schiere Lebensfreude, die sich in seinen Gewohnheiten ebenso widerspiegelte wie in seiner barocken Physiognomie; von diesem Pflichtethos und stets verlässliche Arbeitsenergie. Es zog ihn zu seiner Familie nach Köln, aber wenn er dort das Wochenende verbracht hatte, drängte es ihn zurück an den Schreibtisch in Hamburg, um Leitartikel zu verfassen, zu kommentieren, mit den in der Regel jüngeren Kollegen die politische Entwicklung zu debattieren und Ideen für weitere Vortragsveranstaltungen der SWG umzusetzen.

„Jeder ist ersetzbar“, sagte Hugo Wellems, der sein Leben im wahrsten Sinne des Wortes gelebt hat lange, intensiv, mit Leistungen und Hinterlassenschaften, die ihn über den Tod hinaus nicht im Vergessen verschwinden lassen werden. Er hatte hoffentlich recht. Die Fortsetzung seiner Arbeit, nicht zuletzt im Rahmen der SWG, wird den Beweis dafür erbringen. Leichtaber wird dieser Beweis nicht fallen. Die Fußspuren, die der rheinländische Preuße hinterlassen hat, sind tief und groß.

## Hugo Wellems †

### Korrektur des Geschichtsbildes

Gehen wir an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück: Kaiser Napoleon I., auf dem Weg in die Oper, entging knapp einem royalistischen Anschlag. Der Attentäter, nach seinen Hintermännern befragt, antwortete: "Nachdem es schief gegangen ist, niemand, wäre es gut gegangen, wären Sie, Herr Präfekt, auch dabei gewesen!" An diese Szene wurden wir erinnert, als wir Zeitungen aus dem Jahre 1938 jene des Jahres 1988 entgegenstellten, die über die "Heimsuchung" Österreichs vor 50 Jahren zu berichten wußten. Hier geht es nicht um den Anschluß, so wie ihn Hitler vollzog, und der in dieser Form selbst nicht die ungeteilte Zustimmung seiner österreichischen Parteigänger fand.

Es geht vielmehr darum, die Geschichte im Sinne von Ranke zu sehen. Nämlich so, wie sie wirklich gewesen ist. Was allerdings zwangsläufig zu einer Korrektur jeden schiefen Geschichtsbildes führen muß, bei dem aus moralisch verbrämten, in Wirklichkeit aber politischen Gründen die Wahrheit ausgespart ist.

Wie war das nun wirklich mit Österreich?

"Wir verwehren uns gegen den Vorwurf, Annexionismus zu betreiben. Wo Teile eines großen Volkes verhindert werden, sich mit dem Stammvolk zu vereinigen, kann von Annexionismus nicht gut die Rede sein, sondern das ist lediglich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts." Dieser Satz ist sicherlich nicht als Rechtfertigung des "Anschlusses" gedacht gewesen, denn Paul Löbe (SPD), der Präsident des Deutschen Reichstages, sprach ihn bereits im August 1925. Doch er ist deckungsgleich mit den Worten des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert (SPD), der am 6. Februar 1919 vor der Deutschen Nationalversammlung erklärte: "Deutschösterreich muß mit dem Mutterland wieder vereinigt werden... Sie gehören zu uns, wir gehören zu ihnen."

In einer isolierten Sichtweise werden die Ereignisse des März 1938 nun 50 Jahre später als die erste Aggressionshandlung Hitlers gegen einen europäischen Nachbarstaat bezeichnet. In zahlreichen historischen Betrachtungen wird der Eindruck erweckt, als sei der "Anschluß" gegen den Willen der Österreicher mittels der deutschen Militärmacht vollzogen worden. Eine derartige Darstellung wird den Tatsachen nicht gerecht. Uns scheint es notwendig, das Geschehen in einem kausalen Zusammenhang zu sehen. Da wäre zunächst anzumerken, daß nach dem Zerfall der Vielvölkermonarchie der Habsburger die Deutschen in Österreich, in Böhmen und Mähren sowie in Österreichisch-Schlesien sich für ein Deutschösterreich ausgesprochen hatten und die Wiener Nationalversammlung am 12. 11. 1918 im Art. 2 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform festlegte: "Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik." Eine Entscheidung, die von den Siegern des Ersten Weltkrieges verboten wurde.

## Schwierige wirtschaftliche Situation

Das zur Selbständigkeit gezwungene DeutschÖsterreich war über 20 Jahre in einer politisch wie wirtschaftlich mehr als schwierigen Situation. In den Lagern des autoritären, ständestaatlichen Regimes des christlichsozialen Kanzlers Dollfuß saßen in den 30er Jahren Sozialisten ebenso wie Hitlers Parteigänger.

Selbst nach dem Anschluß an das inzwischen totalitäre Deutschland erklärte der erste sozialistische Kanzler Österreichs (1918/20), Karl Renner, im Hinblick auf die im April 1938 angesetzte Volksabstimmung: "Ich müßte meine ganze Vergangenheit als Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsbürger verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudig begrüßen würde." Tragisch, daß Renner einer der ersten Häftlinge seines Landsmannes Hitler wurde.

Doch der Sozialist Renner stand mit seiner Meinung nicht allein. Sämtliche katholischen Bischöfe Österreichs erklärten zu der Volksabstimmung, es sei für sie eine "selbstverständliche Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen." Und niemand wird Kardinal Innitzer, der als einer der ersten Hitler im Wiener Hotel "Imperial" seinen Glückwunsch aussprach, unterstellen, er habe damit die Auswüchse des Hitlerismus sanktionieren wollen.

Während eine bundesdeutsche Zeitung des Jahres 1988 von "vergossenen Tränen der Österreicher" zu berichten weiß, hat nach Darstellung der "Neue Züricher Zeitung" vom 14. März 1938 das Volk Österreichs "den Einmarsch der deutschen Truppen ... mit tiefster Ergriffenheit erlebt".

Der insbesondere von Göring forcierte Einmarsch der deutschen Truppen wurde, wie in unzähligen Bildern für die Nachwelt festgehalten, zu einem "Blumenfeldzug". Selbst kritische Beobachter des Jahres 1938 bezweifelten nicht, daß das 99,7 Prozent Ergebnis der Volksabstimmung den Willen der überwältigenden Mehrheit für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich wiedergab.

Was einen spezifisch österreichischen Widerstand angeht, so sei auf den Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann verwiesen, der im "Handbuch Deutscher Geschichte" nüchtern feststellte: "Auch in Österreich wurde die nationalsozialistische Herrschaft nicht von innen, sondern von außen zum Einsturz gebracht."

Hier geht es nicht darum, Hitlers Politik zu rechtfertigen. Vielmehr erscheint es erforderlich, die geschichtlichen Zusammenhänge aufzuzeigen. Dies allerdings erscheint uns besonders wichtig, weil es gerade der jüngeren Generation oft an einer objektiven Kenntnis dieser Zusammenhänge mangelt. In diesen Tagen, da man in Wien des 50. Jahrestages des Anschlusses gedachte, wurde dort ein Wort ausgesprochen, von dem wir glauben, das ihm ein tieferer Sinn beikommt: Die Jugend, die selber das Geschehen von 1938 nicht zu bestehen hatte, sollte sich nicht zu gnadenlosen Richtern über eine Elterngeneration aufwerfen, die aus der geistigen und materiellen Not ihrer Zeit vielleicht die falschen Auswege gesucht hat. Ein Wort, das sich nicht nur auf das Jahr 1938 bezieht, das aber zu dem Fazit führt: Die Siebzehnjährigen sollten nicht über die Siebzigjährigen zu Gericht sitzen.

**Aus: Das Ostpreußenblatt vom 19.03.1988**

